

Zwischen Bevölkerungs- und Finanzentwicklung : Mitgliederversammlung in Aarau

Autor(en): **Faschon, Christiane**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **101 (2004)**

Heft 6

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839525>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zwischen Bevölkerungs- und Finanzentwicklung

Mitgliederversammlung in Aarau

Am 13. Mai haben sich etwa 250 Skos-Mitglieder in Aarau zur Mitgliederversammlung getroffen. Thema waren die Verschiebung der Altersstruktur in der Schweiz und der zunehmende massive Spardruck.

Zur Eröffnung der Mitgliederversammlung haben die beiden politisch Verantwortlichen des Kantons Aargau und dessen Hauptstadt, Ernst Hasler, Regierungsrat, und Beat Blattner, Vizeamann, unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Forderte ersterer im Falle der Sozialhilfe «vom Nötigsten auszugehen» und beklagte die steigende Staatsquote, betonte sein Nachredner, dass der Umgang mit von Armut Betroffenen immer auf ein Menschenbild verweise. Arbeitslosigkeit und dem Problem der Working Poor etwa sei nicht mit Anreizen beizukommen. Blattner lobte die Skos für ihre Richtlinien, die eine «Handlungsanweisung für alle» darstellten. Dies sei im Föderalismus ein Kunststück. Die anstehende Revision der Richtlinien sei schwierig und auch hier müsse das zu Grunde liegende Wertesystem überprüft werden. Er erinnerte daran, dass die Skos bei ihrer Gründung vor 100 Jahren als Kämpferin für eine moderne Sozialpolitik aufgetreten sei.

Demographie wozu?

Werner Haug, Vizedirektor des Bundesamtes für Statistik, kommentierte in seinem Vortrag den Umgang mit der Demographie. Die gleichen Zahlen würden als Argument von politischen

Kontrahenden verwendet. So betonten die Befürworter einer offenen Asylpolitik, dass die Schweiz auf Einwanderung angewiesen sei. Deren Gegner zitierten die Zahlen um zu beweisen, dass Einwanderung zu Spannungen führe. Hinter dem Umgang mit der Statistik stehe immer eine Werthaltung.

Demographie zeige, was sich wie wandle. Sie wirke dann wieder im politischen Handeln auf einzelne Faktoren zurück. Das Ganze sei nicht mechanisch zu verstehen, denn neben der Quantität gehe es immer auch um Qualitäten. Er verwies auf die Veränderung im Bereich von Ehe/Familie. So heirateten 1970 nur 22 Prozent der Frauen nicht, heute sind es 36. 40 Prozent der Frauen waren 2000 geschieden gegenüber 15 Prozent 1970. Die Zahl der arbeitenden Mütter stieg in diesem Zeitraum von 28 auf 70 Prozent, die statistische Kinderzahl pro Frau sank dagegen von 2 auf 1,4. Ausländerinnen weisen heute noch einen Durchschnitt von 1,9, Schweizerinnen dagegen von 1,2 auf. Die Migration hat also einen grossen Einfluss auf die Altersstruktur der Schweiz, denn die Schweizer weisen seit 6 Jahren einen Bevölkerungsrückgang auf.

Die letzten 20 Jahren hätten einen starken Wandel im Bereich Partnermodelle mit sich gebracht, eine Individualisierung, die ihre eigenen Risiken habe. Verarmung geschehe heute oft an Brüchen wie Scheidung, dazu kommen Working poor und mangelhafte Bildung. Alte Risiken wie Alter oder fehlende Ausbildung bei Frauen nehmen dagegen ab.

Haug betonte, die Zunahme der Krankenkosten sei entgegen der immer wieder vorgetragenen Behauptung nur zu einem kleinen Teil Folge der Altersstruktur, massgeblich sei der Ausbau des Angebots. Allerdings werden durch die längeren Lebenszeiten der Babyboomer und die schwindende Kinderzahl Rentenprobleme auftreten. Auch müsse bei aufbrechenden Familienstrukturen für das Pflegeproblem eine Lösung gesucht werden.

Der Fachmann forderte politisch Lösungen, die nicht von einer Zweidrittel-Gesellschaft ausgehen. Soziale Integration sei sehr wichtig. Auch müsse die Sozialpolitik sich bewusst sein, dass sie auf die demographische Entwicklung zurück wirken könne und sie mit gestalten.

Früherkennung und Integration

Während des Podiums der Mitgliederversammlung fielen immer wieder die Begriffe Früherkennung und Integration. Andreas Dummermuth, Präsident der IV-Stellen-Konferenz, forderte, die Versicherung solle die «Definitionsmacht der Ärzte» brechen, die bestimmen, wer arbeitsunfähig sei. Die IV Kunden müssten zurück an die Arbeit gebracht werden. Hans-Peter Burkhard, Präsident der ALV, konterte, dass es heute zu viele Arbeitssuchende gebe. So erbe die Sozialhilfe oft die Ausgesteuerten und versuche nochmals, sie in den Arbeitsprozess zu integrieren. Ein gemeinsames Vorgehen der Institutionen sei sehr wichtig, auch müssten die Arbeitgeber gewonnen werden. Der Direktor der L'Action sociale Michel Gönczy beklagte den Wildwuchs verschiedener Systeme in Genf, der oft eine angemessene

Reaktion auf die Not nicht zulasse. Heute müsse das Ganze neu ausgerichtet, die Qualität verbessert werden.

Markus Schneider, Journalist, forderte die Entlastung der Gruppe, die knapp über der Sozialhilfe liegt durch steuerfreie Minimaleinkommen. Zwischen 1990 bis 98 sind in der Schweiz die Ärmsten um 57 Prozent durch Abgaben zusätzlich belastet worden, die Reichsten aber nur zu 23 Prozent. Der untere Mittelstand verarme, immer mehr landeten in der Sozialhilfe. Hier seien neue Lösungen gefragt, Arbeit müsse sich lohnen. Die Steuerprogression sei ein Mythos, da die Wohlhabenden massive Abzüge über die 2. Säule und Wohnungsrenovationen tätigen können.

Alle waren sich einig, dass Integration ein wichtiges Ziel aller Bemühungen sein muss. Die Zusammenarbeit gerade auch zwischen ALV und IV müsse intensiviert werden. Auch müsse die Schweizer Bevölkerung mit einer Sockelarbeitslosigkeit leben, für die im Moment keine Lösung in Sicht sei. Dazu forderten die Fachleute, mehr Geld in die Bildung zu investieren, damit die Arbeitnehmenden besser auf die Anforderungen antworten könnten. Andererseits gebe es Personen, die nicht in den heutigen Arbeitsmarkt zu integrieren seien und für die es ergänzende Möglichkeiten geben müsse. Ob Billigjobs eine Lösung darstellen, war umstritten. Die Teilnehmer begrüßten aber, dass man heute mehr als früher miteinander rede.

Wie weiter bei der Skos

Walter Schmid, Präsident der Skos, stellte anschliessend die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle vor.

Peter Stadler und Annelies Zingg gaben ihren Rücktritt aus der Geschäftsleitung bekannt. Neu wurden Regula Unteregger, Vorsteherin Sozialamt Kanton Bern und Ruedi Hofstetter, Leiter Sozialamt Kanton Zürich, gewählt. Der Jahresbericht wurde angenommen und verdankt, die Rechnung abgenommen. Diese weist ein Defizit von 85 000 Franken aus. Der Präsident Walter Schmid wurde zum dritten Mal gewählt, und das einstimmig. Alle 50 Vorstandsmitglieder wurden in Globo gewählt.

Walter Schmid verwies im Ausblick auf die Vernehmlassung zur Revision der Skos-Richtlinien, die Ende August abläuft. Dabei geht es um Fragen um Grundbedarf I und II. Sollen diese zusammen gelegt werden und welche Höhe gilt als angemessen? Soll das betriebsrechtliche Existenzminimum

als Massstab gelten? Wie soll dies für Asyl Suchende gehandhabt werden? Schmid verwies auf den Spardruck. Doch stelle sich die Frage, wer denn das Existenzminimum definiere, die Politik oder die Skos. Die Skos allein könne keine solche weitreichende Entscheidung als Fachverband treffen. Weiter gelte es, die Frage der Sanktionen zu überprüfen.

Die Skos tritt für Integrationszulagen ein. Diese könne neben einer Würdigung für den Einsatz fürs Gemeinwesen etwa auch in einer Zulage für den Einsatz einer allein Erziehenden sein, sagte der Präsident. Allgemein seien Kompromisse jetzt sehr wichtig, denn der Verband könne nur mit grossen Mehrheiten die wichtigen Aufgaben angehen.

Christiane Faschon

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:

- Andreas Dummermuth, Präsident der IV-Stellen-Konferenz
- Christiane Faschon, Redaktorin BR
- Rudolf Gerber, Generalsekretär der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern
- Walter Schmid, Präsident der Skos
- Kurt Seifert, Pro Senectute Schweiz
- Carlo Tschudi, Fürsprecher und Mediator FHA Solothurn
- Eveline Widmer-Schlumpf, Präsidentin der Finanzdirektorenkonferenz